

Stellungnahme der Fraktion
Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Stadtrat von Schwäbisch Hall
zum Doppelhaushalt 2014/2015

18.12.2013

es gilt das gesprochene Wort

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren

Beginnen möchte ich mit ein paar grundsätzlichen Bemerkungen zur diesjährigen Haushaltsdebatte:

Der Haushaltsplan ist Dreh- und Angelpunkt jeder Politik, auch der Kommunalpolitik. Hier werden wichtige Weichen gestellt und Prioritäten gesetzt, für die nächsten Jahre. Dabei liegt die Etathoheit beim Gemeinderat und nicht bei der Verwaltung, deshalb spricht man auch vom Königsrecht des Parlaments. Und deshalb wird manche Haushaltsdiskussion auch zur Generaldebatte.

Vor diesem Hintergrund ist das Prozedere der Haushaltsberatungen, so wie wir es praktizieren, richtig.

Überrascht hat uns deshalb die FDP, bei der Einbringung der Haushaltsanträge, mit folgender Aussage:

Vieles stehe schon fest, es gäbe wenig zu entscheiden, im Hinblick auf die Anträge solle die Art und Weise hinterfragt bzw. zum Thema einer Klausur gemacht werden, die meisten Haushaltsanträge würden ja eh abgeschmettert.

Da kann ich nur sagen: Unserem Demokratieverständnis entspricht das nicht!

Weil der Haushaltsplan nun mal Dreh- und Angelpunkt ist, haben wir uns auch in diesem Jahr intensiv mit dem Entwurf der Verwaltung beschäftigt.

Und wir haben mit unseren Anträgen versucht, grüne Gesichtspunkte und Entscheidungskriterien mit einfließen zu lassen.

Das ist uns auch in Teilen gelungen, aber dazu später mehr.

Natürlich kann man auch bei anderen Parteien ein Profil erkennen.

Besonders gut abzulesen ist das z.B.

bei den Anträgen zu mehr Straßenbau und weniger Radverkehr und ÖPNV.

Oder, wenn eine Partei fast gar keine Änderungsanträge stellt,

dann bedeutet das eben, großes Einvernehmen mit dem Vorschlag der Verwaltung.

Das ist alles vollkommen in Ordnung und spiegelt ja nur die unterschiedlichsten politischen Positionen wider.

Zu guter Letzt entscheidet dann die Mehrheit über Maßnahmen und Ausrichtung.
Das ist das Wesen unserer Demokratie.

Mit der Aufstellung und Verabschiedung des Haushaltsplans ist natürlich noch keine Maßnahme beschlossen. Aber die Verwaltung kann und soll die Haushaltsstellen innerhalb ihrer Wertgrenzen bewirtschaften.

Das ist richtig und notwendig für die Handlungsfähigkeit einer Verwaltung.

Das ist aber auch der Grund, weshalb wir GRÜNEN einige Planungsdaten mit einem Sperrvermerk versehen wollten.

Denn auch bei einer Planung muss die Zielrichtung abgestimmt sein.

So macht es einen Unterschied, ob eine Umgestaltung des Haalplatzes mit oder ohne Tiefgarage geplant wird.

Und es macht einen Unterschied, ob ein Theater für 5 Mio. oder ein Globe-Ersatzbau auf den Weg gebracht wird.

Da wollen wir der Verwaltung keinen Freibrief ausstellen, sondern da muss der Gemeinderat schon in die Planung mit einbezogen werden und die Zielrichtung vorgeben.

Denn der Gemeinderat ist es, der dann anschließend die 5 Mio. freigibt oder auch nicht.

Dazu ein kleines Beispiel aus dem letzten Bauausschuss: die Verwaltung wollte den Bebauungsplan Katzenkopf ändern; und weil das Planungsamt überlastet ist, wurde die Arbeit an ein Büro vergeben. Die Mitglieder des Ausschusses signalisierten dann aber, dass Sie den Bebauungsplan gar nicht ändern wollen; die Beauftragung war umsonst, die Gelder rausgeschmissen; soviel dazu.

Das heißt für uns nicht, dass wir der Verwaltung das Denken verbieten wollen.

Im Gegenteil, die Verwaltung soll denken.

Aber wir wollen das Ergebnis des Denkprozesses hier im Gemeinderat mit einander diskutieren, und nicht in einem Vereinsheim oder an irgendeinem Stammtisch; dieses Nachdenken verursacht keine Untersuchungskosten und benötigt keine Gutachten. Wenn wir, wie oben genannt, vorgehen würden, verliefen die Haushaltsberatungen auch einfacher und schneller. Dann wäre das große Rätselraten beendet, weil klar wäre, welche Projekte und Maßnahmen hinter den Zahlen stehen.

So viel zum Verfahren.

Im Folgenden will ich auf die größeren Maßnahmen im Haushaltsplan eingehen:

Als erstes komme ich zur Entwicklung des Haalplatzes und der beabsichtigten Öffnung der Stadt zum Kocher hin

Das Thema „Stadt am Fluss“ kommt eigentlich zu spät.

Ich erinnere an die Diskussion Tiefgarage Kocherquartier und die Ersatzparkierung für die dritte Ebene der Tiefgarage.

Da kam von uns GRÜNEN der Vorschlag, für die Ersatzparkplätze die Weilerwiese mit einem, nicht dominanten Parkdeck zu versehen und den Bereich des alten Busbahnhofs zu einem Park umzugestalten.

Ihre Antwort damals war, Herr Oberbürgermeister, die Stadt habe das Geld zur Pflege nicht.

Also wurde die Salinenstraße, nicht mit unseren Stimmen, aber mit der Mehrheit, und mit einem enormen finanziellen Aufwand wieder zurück an den Kocher verlegt. Das Ergebnis, aus unserer Sicht leider eine „Betonwüste“, kennen wir alle; und eine einmalige Chance wurde vertan.

Das heißt für uns GRÜNE jedoch nicht, dass das Thema „mehr Aufenthaltsqualität“ in unserer Stadt vom Tisch ist, aber es gestaltet sich halt ungleich schwieriger.

Eine Aufwertung des Haalplatzes können auch wir uns gut vorstellen.

Aber, eine Tiefgarage an dieser Stelle kommt für uns GRÜNE nicht in Frage.

Wir rechnen hier mit hohen Kosten und enormen Risiken, nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Stadtwerke.

Ganz abgesehen davon, hat eine weitere Tiefgarage natürlich auch höhere Parkgebühren zur Folge.

Wir gehen auch davon aus, dass der Haalplatz als Keimzelle unserer Stadt eine archäologisch bedeutende Stelle ist, sodass wir nicht überrascht wären, kämen hier entsprechende Bodenfunde zu Tage.

Wenn also eine Tiefgarage aus unserer Sicht ausgeschlossen ist, eine Aufwertung des Platzes aber von der Bevölkerung gewünscht wird, dann muss diese Problematik zuallererst mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Innenstadtbewohnern und vor allem den Haller Geschäftsleuten breit diskutiert werden. Vielleicht entwickeln sich daraus ganz neue Ergebnisse oder Lösungsansätze. Wir sind da völlig offen.

Damit komme ich auch gleich zur Brücke vom Haalplatz zur Mauerstraße.

Wenn etwas gar nicht geht, dann ist es diese Brücke, egal ob aus Holz, Stahl oder Beton.

Und wenn Sie in ihrer Haushaltsrede sagen, Herr Oberbürgermeister, dass ein Brückenneubau fast vollständig durch Sanierungsmittel finanziert werden kann und dass uns das die Entscheidung vielleicht etwas leichter macht, dann lautet unsere Antwort immer noch NEIN, nicht geschenkt und auch nicht, wenn´s noch 2 Mio. extra dafür gäbe.

Diese Brücke versaut unser Stadtbild und ist völlig indiskutabel.

Überhaupt: nachdem unsere Brücken jahrelang kein Thema waren, sollen jetzt gleich drei neue Brücken gebaut werden.

Neben der oben genannten Haalplatzbrücke, soll eine weitere Brücke vom Lindach auf den Unterwöhrd und eine dritte von der Auwiese zur Neumäuerstraße gebaut werden.

Das geht uns ehrlich gesagt zu schnell und zu unreflektiert.

Wir haben in unserem Stadtgebiet fast 70 Brücken, insgesamt, mit Unterführungen und Tunnel über 100 Ingenieursbauwerke.

Deshalb denken wir, dass es sinnvoll wäre, nicht nur bei den Straßen sondern auch bei den Brücken ein Sanierungskonzept zu erstellen, dass dann nach Priorität abgearbeitet werden kann.

Im Sinne von Nachhaltigkeit und vor dem Hintergrund der Belastung zukünftiger Generationen,

sollten wir den Substanzerhalt unseres Vermögens deutlicher in den Fokus rücken, zumal in Zeiten guter Steuereinnahmen.

Aber zurück zum Haalplatz und zum Verkehr in der Innenstadt

Das Verkehrsgutachten war insofern hilfreich, als uns bescheinigt wurde, in der Vergangenheit alles richtig gemacht zu haben.

Die Anordnung der Parkierung hat den gewünschten Effekt gebracht, nämlich die Reduzierung des Durchgangsverkehrs, und auch die Verkehrsführung insgesamt in der Innenstadt wurde als gut gelöst beurteilt. Das ist für uns eine wichtige Grundlange für die anstehende Sanierung von Straßen und Plätzen, wie es in der Finanzplanung vorgesehen ist.

Dass der Lieferverkehr und die Anlieferung schwierig ist, sehen auch wir.

Aber eine Innenstadt muss eben überall angefahren werden können, wenn sie kein Museum sein will. Das trifft auf die Schwatzbühlgasse genauso zu wie auf die Gelbinger Gasse, oder andere.

Aber, wir sollten den Lieferverkehr zeitlich einschränken und die Regelungen vereinheitlichen, wie vom Gutachter empfohlen; das wäre schon ein erster guter Schritt.

Verwundert hat uns dann aber die Empfehlung des Büro Mörgenthaler, den Bau einer Kocherbrücke vertieft untersuchen zu lassen, und zwar mit zwei Varianten, 4b nur für den Lieferverkehr und 4e für den gesamten Verkehr.

Verwundert deshalb, weil derselbe Gutachter in einer der ersten Sitzungen zu Recht auf die beengte Situation beim Cafe Ableitner bzw. in der Bahnhofstraße hingewiesen hat.

D.h. Verkehr in diesen Bereich zu verlagern, macht überhaupt keinen Sinn.

Man erkaufte sich eine Teilentlastung der Schwatzbühlgasse, dadurch, dass man das Verkehrsaufkommen in einen bislang verkehrsberuhigten Bereich verlagert und die Aufenthaltsqualität dort ruiniert.

Dafür brauchen wir keine vertiefte Untersuchung, das kann keine Lösung sein.

Was nun die neu ins Spiel gebrachte Rampe entlang der Salinenstraße betrifft, so ist dieser Vorschlag sicher besser als der Bau einer Brücke.

Man kann, auch aus unserer Sicht, diese Variante untersuchen.

Aber ein Eingriff ins Stadtbild ist auch mit dieser Maßnahme verbunden und der Kreuzungsbereich in der Neuen Straße wird ebenfalls nicht unproblematisch sein. Deshalb sollte man zuerst klären für welchen Verkehr und für wie viel Fahrzeuge diese Rampe benötigt wird. Ist der Lieferverkehr das eigentliche Problem oder eher die Erreichbarkeit des Haalplatzes für Events? Wenn ja, für wieviel und für welche Events? Leidet die Wohnqualität in der Innenstadt darunter? Diese Fragen müssen zuerst geklärt werden.

Weil hier einfache Lösungen nicht auf der Hand liegen, haben wir ein Verteilzentrum, wie in La Rochelle ins Spiel gebracht. Wir sind aber auch hier offen für andere Vorschläge; dafür wäre es natürlich sinnvoll alle Akteure an einen Tisch zu bringen, die Anlieferer und die Kunden.

Was wir wollen, ist eine innovative zukunftsweisende Lösung, keine schlechten baulichen Maßnahmen.

Warum diskutieren wir in diesem Zusammenhang nicht die demographische Entwicklung und die Versorgung älterer Menschen mit Gütern des täglichen Bedarfs in der unserer Stadt? Welche Synergien würden sich hier ergeben?

Wir meinen, wir verschenken viel Potential, wenn wir uns in den immer gleichen eingefahrenen Bahnen bewegen.

Damit komme ich zum Unterwöhrd und dem beabsichtigten Theaterneubau.

Ein ganzjähriges Theater für über 5 Mio. € können wir uns nicht leisten.

In Zeiten, in denen die meisten Kommunen Probleme haben, ihren Kulturbetrieb aufrechtzuerhalten und eher an Schließung denken, da würden wir ein neues Theater bauen mit einer dauerhaft strukturellen Belastung für den Haushalt.

Das halten wir schlicht für unmöglich.

Wir sehen aber auch, dass sich die 2. Spielstätte der Freilichtspiele konzeptionell und finanziell bewährt hat.

Deshalb muss natürlich diskutiert werden, wie es nach Ablauf der erteilten Genehmigung weitergehen soll.

Macht eine Sanierung Sinn? Wenn nicht, wie sollte ein Neubau aussehen?

Soll man an der Form des Rundbaus festhalten, da das Globe ja inzwischen einen Namen hat. Welche Rolle spielt der Neubausaal im Kontext Winterbetrieb? Welche Maßnahmen und Sanierungen sind dort notwendig?

Das alles wollen wir im Gemeinderat diskutieren, bevor seitens des Oberbürgermeisters oder der Freilichtspiele Pläne erstellt werden und die Richtung vorgeben wird.

Denn zur Kasse gebeten wird hinterher der Gemeinderat, der dann über die Höhe der Mittel entscheiden muss. Soviel dazu.

Was heißt das jetzt für unser Abstimmungsverhalten?

Nach gründlicher Abwägung sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass man diesem Doppelhaushalt zustimmen kann.

Die Mittelfristige Finanzplanung ist in unseren Augen dagegen problematischer, aber mehr dazu später.

Dem Doppelhaushalt zustimmen könnten wir, weil auch viele Maßnahmen enthalten sind, die von uns befürwortet werden:

Mit der Stelle des Klimaschutzbeauftragten und dem Klimaschutzkonzept sind wir auf einem guten Weg, wenngleich eine 100% Stelle natürlich besser gewesen wäre.

In den Bereich der energetischen Sanierung konnten wir mit unseren Anträgen etwas mehr Dynamik hineinbringen, wohl wissend, dass das bei weitem nicht ausreicht.

Vor allem vor der notwendigen Sanierung der Hagenbachhallen können wir die Augen nicht verschließen. Da kommen erhebliche Kosten auf uns zu.

Positiv ist, dass die Verwaltung unseren Vorschlag aufgreift, in die Elektromobilität einzusteigen. Aus unserer Sicht ist das überfällig. Wir denken Schwäbisch Hall müsste hier, als Energiekommune, viel deutlicher Maßstäbe setzen.

Wir begrüßen auch den geplanten Ausbau der Realschule im Westen zur Ganztageschule, sowie den Ausbau der Grundschule Breiteich, den Neubau eines Familienzentrums in Gottwollshausen und den Ausbau weiterer Krippengruppen.

Dass die Steigerung der Personalkosten hauptsächlich diesem Bereich geschuldet ist, das sehen wir. Wir beklagen dies aber nicht, denn es ist parteiübergreifend politischer Wille, dass wir im Bereich Bildung und Betreuung ganz vorne dabei sind.

Eine Betreuungsquote von rund 42% im U3 Bereich spricht für sich.

Anmerken möchte ich noch, dass die Landesregierung die Kommunen hier deutlich besser stellt als es unter Schwarz-Gelb je der Fall war.

Auch die Verbreiterung der Fachhochschule, so sie denn kommt, findet unsere Zustimmung; hier sollte uns jedoch bewusst sein, dass damit zukünftige Haushalte weiter strukturell belastet werden. Trotzdem unterstützen wir Sie, Herr Pelgrim in diesem Bemühen.

Gut ist ferner, dass Kinder- und Jugendliche auch im außerschulischen Bereich wieder mehr in den Fokus rücken. So begrüßen wir die Errichtung eines neuen Spielplatzes für größere Kinder auf dem Unterwöhrd und den von der SPD vorgeschlagenen Jugendgipfel.

Positiv ist auch, dass unser Antrag aufgegriffen wurde,

Mittel für die Umsetzung des Projektes „Aktionsräume von Kindern“ einzustellen.

Und wir sind guter Dinge, dass mit den nun eingestellten Mitteln, auch eine befriedigende Lösung für den club alpha 60 gefunden wird.

Nicht gelöst ist leider die Raumfrage für Jugendliche in der Innenstadt. An diesem Thema müssen wir dran bleiben. Eine von der Verwaltung zugesagte Beratung im Sozialausschuss ist dazu ein erster Schritt.

Bei der Schaffung von Wohnraum wollen wir den sozialen Wohnungsbau voranbringen. Weil wir darin eine städtische Aufgabe sehen, wollten wir dafür einen Betrag in Höhe von 500 000 € in den HH einstellen. Die Verwaltung bekennt sich zwar auch zum sozialen Wohnungsbau, ist jedoch der Ansicht, dass notwendige Mittel ggf. außerplanmäßig bereitgestellt werden können. So ganz befriedigend ist diese Antwort nicht, aber wir nehmen es so halt zur Kenntnis.

Wichtig ist uns dabei, dass der soziale Wohnungsbau bei der Siedlungsentwicklung von Anfang an konzeptionell mit eingeplant wird; dezentral und in kleinen Strukturen. So vorzugehen wie beim Keckenweg halten wir dagegen für völlig falsch und auch für völlig unnötig.

Abschließend noch zwei Sätze zum Radverkehr.

Für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes ist es wichtig, dass wieder mehr Mittel für den Radwegebau eingestellt werden; mit 2 Mio.€ im investiven Bereich sind wir da auch gut aufgestellt. Was allerdings auch leicht fällt, kommen doch 70% vom Land, das im Radwegebau einen Förderschwerpunkt sieht.

Nun komme ich zu unserem Abstimmungsverhalten:

Wie schon gesagt, dem Doppelhaushalt können wir zustimmen, der Mittleren Finanzplanung nicht. Deshalb bitten wir um getrennte Abstimmung.

Bei der Mittleren Finanzplanung gehen wir vor allem deshalb nicht mit, weil innerhalb von wenigen Jahren, ein sattes Finanzpolster von über 40 Mio.€ verbraucht wird bzw. für 2017 und 2018 bereits neue Kreditaufnahmen eingeplant werden; und das vor dem Hintergrund sprudelnder Steuereinnahmen. Das ist in unseren Augen unverantwortlich.

Damit bin ich am Ende meiner Rede.

Ich bedanke mich bei der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplans, besonders bei Ihnen Herrn Gruber und Ihrem Team.

Und bei Ihnen meine Damen und Herren für's Zuhören.